

# Initiative «Für eine ökologische Landwirtschaft, Artenvielfalt und artgerechte Tierhaltung»

von BÖLW | Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V.

## DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Die Klimakrise, die zunehmende Belastung von Wasser und Boden mit Düngerresten und chemisch-synthetischen Pestiziden, die Zerstörung der Artenvielfalt und eine nicht artgerechte Tierhaltung machen den Umbau von Landwirtschaft und Ernährung zu einer Überlebensfrage für uns alle.

In Umfragen und bei Volksentscheiden sprechen sich die meisten Menschen in Deutschland und Europa immer wieder für eine ökologischere Landwirtschaft aus. Auch immer mehr Landwirt\*innen in Deutschland machen sich auf den Weg und stellen ihren Betrieb auf umweltverträgliche und artgerechte Produktionsverfahren um.

Derzeit berät die Bundesregierung mit den Bundesländern und den Mitgliedsstaaten der EU über eine neue deutsche und europäische Agrarreform. Das Ziel: Die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft in Deutschland und in Europa.

Aktuell fließt ein Großteil der Steuer-Milliarden für die Landwirtschaft in eine pauschale Flächenförderung. Wer mehr Flächen hat, bekommt mehr Geld – fast egal, ob und wie darauf gewirtschaftet wird. Damit belohnt das geltende System vor allem Grundbesitz, und nur ein kleinerer Teil der Agrargelder unterstützt die Landwirt\*innen, wenn sie Umwelt und Klima schützen oder ihre Tiere artgerecht halten. Trotzdem wirtschaftet heute bereits jeder neunte Landwirt in Deutschland ökologisch.

Die Bio-, Klima- und Naturschutzbewegung sowie die einschlägigen Regierungskommissionen haben für die notwendige Agrarreform Studien und Vorschläge vorgelegt. Nach diesen Ergebnissen

ist der Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft bis 2040, spätestens 2050 möglich und finanzierbar – falls man jetzt unverzüglich und konsequent beginnt.

Öko-, Klima-, und Naturschutzverbände kritisieren jedoch ebenso wie Teile der Wissenschaft und der Politik die Vorschläge der Bundesregierung und des europäischen Gesetzgebers zur Agrarreform als ungenügend, da nach aktuellem Stand der Diskussion der notwendige Kurswechsel damit nicht erreicht werden könne.

## GESETZLICHE GRUNDLAGE

### GESETZLICHE GRUNDLAGE

#### Grundgesetz, Artikel 20a

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

#### Europäischer Vertrag zu einer gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Artikel 38 bis 44 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).

## ANGESTREBTE REGELUNG

### ANGESTREBTE GESETZLICHE REGELUNG

Folgende verbindliche Regelungen werden in dem europäischen und deutschen Agrarrecht festgelegt:

#### 1. Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen:

Auf EU-Ebene und in Deutschland Landwirt\*innen unterstützen, die Umwelt und Klima schützen.

Die Bundesregierung stimmt auf EU-Ebene für einen Umbau der „Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik“: Künftig werden min-

destens 70% der Fördermittel in freiwillige Gemeinwohlleistungen durch die Landwirtschaft investiert. Damit wird erreicht, dass die Artenvielfalt gestärkt wird, Wasser und Luft gesund bleiben, Klima geschützt, Bodenfruchtbarkeit gemehrt und vielfältige, bäuerliche Betriebe gestärkt werden.

Alle Fördergelder aus dem Bundeshaushalt für die Landwirtschaft werden ebenfalls auf diese Ziele ausgerichtet, um eine „enkeltaugliche“ Landwirtschaft zu ermöglichen.

## **2. Umsetzung der Ziele der EU-Kommission in Deutschland**

Mit den Milliarden der EU-Agrargelder wird bestimmt, welche Landwirtschaft sich lohnt. Die Fördermittel müssen den Umbau hin zu einer ökologischen und nachhaltigen Bewirtschaftung voranbringen.

Die EU-Kommission hat wichtige Ziele für Landwirtschaft und Ernährung benannt: Bis 2030 soll der Ökolandbau auf durchschnittlich 25 % der EU-Flächen ausgedehnt werden. Es sollen 50 % weniger Pestizide ausgebracht, eine bessere Tierhaltung ermöglicht und weniger gedüngt werden, um Ressourcen, Klima und Tiere zu schützen und den Bauern ein Auskommen durch eine qualitativ hochwertige Produktion zu ermöglichen.

Die Bundesregierung muss diese Ziele mit allen notwendigen Maßnahmen landesweit vorantreiben.

## **3. Umbau der Tierhaltung in Deutschland spätestens bis 2040**

Die Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass Tiere künftig artgerecht gehalten werden und negative Umweltauswirkungen der Tierhaltung abgestellt werden.

Dazu muss die Tierhaltung an die Fläche gebunden werden, so dass nur so viele Tiere auf einem Betrieb bzw. in einer Region ge-

halten werden, wie Böden, Gewässer und Klima vertragen. Dazu muss auch die Fütterung artgerecht und mit einem hohen Anteil regionaler sowie gentechnikfreier Futtermittel erfolgen. Tiere müssen ihre arttypischen Verhaltensweisen ausleben können. Wachstumsbeschleuniger müssen ebenso tabu sein wie der übermäßige Einsatz von Antibiotika.

Um Transportzeiten für die Tiere deutlich zu reduzieren, muss dafür gesorgt werden, dass es wieder in allen Regionen Schlachthöfe gibt.

Nicht-kurative (nicht-heilende) Eingriffe an Tieren müssen ausgeschlossen werden. Kritische Haltungsformen müssen beendet werden.

Die betroffenen Betriebe müssen dabei unterstützt werden, ihre Tierhaltung entsprechend anzupassen.

#### **4. Keine Patente – keine Gentechnik**

Das bestehende Verbot von Patenten auf Nutzpflanzen und Tiere muss konsequent umgesetzt werden.

Alle gentechnischen Verfahren, auch neuartige, müssen der gesetzlichen Risikobewertung, dem bestehenden Zulassungsverfahren und der Kennzeichnung unterliegen – ganz so wie es der Europäische Gerichtshof 2018 beschlossen hat.

**ABSTIMMUNGS-  
FRAGE**

**Stimmen Sie für umfassende gesetzliche Förderungen der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland und Europa?**

**PRO**  
**ARGUMENTE**

## FÜR EINE ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT

Die Herausforderungen durch Klimakrise, Gewässerverschmutzung, multiresistente Keime und chemische Belastungen, können mit der ökologischen Landwirtschaft gelöst werden. Die Herstellung unserer Lebensmittel vom Acker bis auf den Teller muss entlang der Wertschöpfungskette an dem Ziel „Gesundheit für Mensch, Tier und Natur“ ausgerichtet werden. Dazu müssen Steuergelder nach dem Prinzip „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ investiert werden.

Die Corona-Krise hat wie durch ein Brennglas gezeigt, wie krisenanfällig globale Lieferketten sind und welche ökologischen und sozialen Missstände durch das aktuelle Agrar- und Ernährungssystem bestehen – wie beispielsweise in der Schlachtindustrie.

Ziel der europäischen und deutschen Landwirtschaftspolitik muss es sein, gesunde Lebensgrundlagen für uns und künftige Generationen zu gewährleisten. Landwirt\*innen, die Wasser schützen, Boden fruchtbar erhalten, Artenvielfalt stärken und ihre Tiere artgerecht halten, liefern dafür die wichtigste Voraussetzung. Deshalb muss jeder Euro Steuergeld deutlich steuern – und zwar in Richtung Nachhaltigkeit.

Der zukünftige Rechts- und Förderrahmen muss sicherstellen, dass Preise die ökologische und soziale Wahrheit sprechen. Wer ökologische Schäden verursacht, soll sie finanziell ausgleichen müssen. Landwirt\*innen, die Gemeinwohlleistungen erbringen, müssen dafür honoriert werden. Nur wenn Tier-, Klima- oder Gewässerschutz einkommensrelevant für die Betriebe ist, können die Landwirt\*innen in Ressourcenschutz investieren und die Steuergelder im Sinne der Bürger\*innen und der nationalen und internationalen Nachhaltigkeitsziele verwendet werden.

Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung, und auch die von der Bundesregierung beauftragte Borchert-Kommission, zeigen Wege auf, wie die Landwirtschaftspolitik verändert werden muss, um mehr Tier-, Umwelt- und Klimaschutz zu erreichen.

Bio zeigt, wie eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung funktioniert und muss zum Leitbild der Agrarpolitik werden. Denn wir werden uns künftig ökologisch ernähren - oder gar nicht mehr.

**CONTRA**  
**ARGUMENTE**

## GEGEN ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT

Die Annahme, dass der ökologische Landbau besser für den Erhalt der Artenvielfalt sei, ist falsch. Mit Blick auf den Ernteertrag geht bei der konventionellen Landwirtschaft weniger Artenvielfalt verloren. Das ist auf den höheren Flächenertrag der konventionellen Landwirtschaft zurückzuführen. Wenn die Biodiversitätsverluste in Beziehung zur Erntemenge je Flächeneinheit gesetzt werden und man die höheren Flächenerträge im konventionellen Anbau berücksichtigt, zeigt sich laut einer Studie der HFFA Research GmbH, die im Auftrag des Industrieverbands Agrar verfasst wurde, dass der ökologische Landbau einen um 55 Prozent größeren Verlust an Artenvielfalt je Ertragseinheit verursacht.

Der Agrarökonom Dr. Steffen Noleppa unterstreicht: „Wenn wir den Spritverbrauch eines Linienbusses mit dem eines PKW vergleichen, schneidet bei eindimensionaler Betrachtung das Auto immer besser ab. Aber kein vernünftiger Mensch würde deshalb dem Individualverkehr Vorrang einräumen, denn viel wichtiger ist die Frage, wie viele Menschen für die gleiche Menge Diesel oder Benzin befördert werden. Da gewinnt der Bus, weil er die Ressource Treibstoff effizienter einsetzt als der PKW.“ Es müsse bei der Bewertung landwirtschaftlicher Methoden auf die relevante Zielgröße abgestellt werden – also nicht auf die kultivierte Fläche allein, sondern auf den Ertrag pro Fläche.

In Studien, die Prof. Dr. Rainer Maurer von der Hochschule Pforzheim ausgewertet hat, zeigt sich auch, dass eine Verbesserung der formalen Haltungsbedingungen in der ökologischen Viehwirtschaft etwa in Form von mehr Stallfläche, Freilauf und höherer Einstreudichte nicht automatisch zu einer Steigerung der Tiergesundheit führt. So verbessert z.B. Einstreu in Schweineställen zwar die Klauengesundheit, kann aber gleichzeitig zu Lungenproblemen oder

Parasitenbefall der Leber führen.

Ferner bestätigt die Studie über die „Bewertung der Effizienz von Landnutzungsänderungen zur Eindämmung des Klimawandels“, dass die ökologische Landwirtschaft dem Weltklima mehr als konventionelle Anbaumethoden schadet. Der höhere Landverbrauch beim Öko-Farming (ökologische Landwirtschaft) führt demnach indirekt zu größerem Kohlendioxid-Ausstoß, weil dafür im Durchschnitt mehr Waldflächen gerodet werden müssen. Zudem kommt das Thünen-Institut zu dem Schluss, dass die Produktion von Eiern und Geflügelfleisch im ökologischen Landbau eine schlechtere Klimabilanz habe. Die Ursache: schlechtere Futtermittelverwertung, längere Aufzuchtzeiten und höhere Sterblichkeitsraten.




Weiterführende Informationen:




Industrieverband Agrar e.V. <https://www.iva.de>



**POSITIONEN DER  
PARTEIEN**

So stehen die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur ökologischen Landwirtschaft:

<b>CDU/CSU</b>		Für Mischung aus konventioneller und ökologischer Landwirtschaft; stehen Ökologisierung der Landwirtschaft verhalten gegenüber; für mehr Gentechnik auf Acker und Teller.
<b>SPD</b>		Für Mischung aus konventioneller und ökologischer Landwirtschaft; Für eine stärker gemeinwohlorientierte Agrarpolitik; kritisch gegenüber Gentechnik.
<b>B90/Die Grünen</b>		Konsequent für eine Ökologisierung der Landwirtschaft und den ÖkoLandbau; gegen Gentechnik.
<b>Die Linke</b>		Strebt den ökologischen Umbau der Landwirtschaft an; gegen Gentechnik.
<b>FDP</b>		Weder die Ökologisierung der Landwirtschaft noch der ÖkoLandbau sind vorrangige Ziele der Partei; für mehr Gentechnik; Ablehnung staatlicher Eingriffe für Ausbau der Öko-Landwirtschaft.
<b>AfD</b>	-	unklare Position

-  Zustimmung zur ökologischen Landwirtschaft
-  Ablehnung der ökologischen Landwirtschaft
-  Teilweise Zustimmung, kein eindeutiger Standpunkt

